

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Veröffentlichungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal M. 2 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf für die dreispaltige Zeile oder deren Raum berechnet

### Parteiwirren und Gewerkschaftspressen.

Vom ersten Augenblick an, da sich in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands Symptome zeigten, die auf eine bevorstehende Zersplitterung, Zerrüttung und Zerspaltung dieser stolzen und stolzen aller deutschen Parteien hinwiesen, haben wir fortgesetzt die Notwendigkeit der Einheit unserer Bewegung betont. Weil wir die Einheit einer Bewegung nur so lange für möglich halten, als sich der einzelne der Gesamtheit, die Minderheit der Mehrheit unterordnet, deshalb haben wir seinerzeit die erste Disziplinmaßnahme, das erste Aus-der-Reihe-Gehen Dr. Liebknechts im Reichstage scharf gerügt. Wir haben es als das erste Signal an, durch das die Zerspaltung der Einheit unserer politischen Arbeiterbewegung öffentlich eingeleitet wurde. Und wie wir die Tat Liebknechts kritisiert haben, so kritisierten wir später alles, was in der gleichen Richtung wie die Tat Liebknechts wirken mußte, nämlich alles, was zur offenen oder versteckten Zerspaltung der Partei zerrüttung und Zerspaltung getan wurde. Aber trotz unserer fortgesetzten Eintretens für die Einheit der Arbeiterbewegung, schämten sich einige Parteimitglieder der Opposition nicht, ihren Leuten immer erneut den faulstüben Schwindel vorzuspielen, der „Grundstein“ agitierte für die Spaltung der Partei. Das suchen sie zu beweisen mit einem Satz aus einem Artikel (Nr. 27 des „Grundstein“ vom vorigen Jahre), in dem wir gerade die Zerspaltungstendenzen kritisiert und mit gar nicht mißzuverstehenden Worten die Notwendigkeit der Einheit unserer Bewegung dargelegt haben. Im untern Refern den Schwindel der betreffenden Oppositionsmitglieder mit aller Deutlichkeit vor Augen zu führen, wollen wir nachstehend die Hauptzüge aus jenem Artikel noch einmal abdrucken. Diese lauten so:

„Wie hatte die deutsche Arbeiterklasse die Geschlossenheit ihrer Organisationen größer nötig. Auf dem Gebiet der Kriegsvorbereitung bringt jede Woche neue Aufgaben. Für den Friedensschluß sind Maßnahmen weit voraussehender Sozialpolitik notwendig. Es bedarf eines ungebrochenen Willens, um den unheilvollen Plänen der Innenpolitik entgegenzutreten. Alles das führt uns förmlich entgegen: Seid einig! Seid einig! Seid einig! Seid bereit! Und in dieser weltgeschichtlich großen Zeit droht das politische Instrument der deutschen Arbeiterklasse zu zerbrechen! Es ist nicht äußerer Druck, es ist nicht ein Befreiungszustand, es ist keine Gewalttat: die vor allem berufenen Führer... sind es, die den Feuerbrand in den Hühnerstall hineinschleudern, der sich in all der Kriegszeit bei uns aufgestaut hat! Parteimitglieder als Gewerkschaftler haben wir nur geringen Einfluß auf diese Dinge. Es muß Sache unserer Mitglieder in den politischen Organisationen sein, das ihrige zu tun, um dort ihre Interessen, die die Interessen der deutschen Arbeiterklasse sind, gegenüber den Parteiführern zu verteidigen und den politischen Organisationen zu helfen, diese schwere Aufgabe zu übernehmen. Was müssen wir nicht die Hoffnung aufgeben, daß es doch noch gelingen wird, die politische Organisation vor der Gefahr zu schützen, die ihr droht, wenn jene Leute stärkeren Anfang finden. Sollte das aber eintreten, nun, dann zweifeln wir nicht, daß die Gewerkschaften groß und stark genug sein werden, um ihrerseits das Aktionszentrum zu schaffen, ohne das die Arbeiterklasse ihren drängenden Aufgaben nicht genügen kann.“

„Ist das nicht eine einzige eindeutige Mahnung zur Einheit? Jeder anständige Mensch wird sagen müssen: Ja, das ist es! Freilich wird in dem Sinne auch von der Zerspaltung der Gewerkschaften gesprochen, ihrerseits das Aktionszentrum zu schaffen, ohne das die Arbeiterklasse ihren drängenden Aufgaben nicht genügen kann. Aber diese Möglichkeit wird doch nur angedeutet für den Fall, daß im weiteren Verlauf der Dinge die jetzige sozial-

demokratische Partei vollends gerüttelt und zerstört und die politische Vertretung der Arbeiterschaft dadurch zur Einsichtlosigkeit beurteilt werden sollte. Und das ist doch ganz selbstverständlich! Oder glaubt jemand, daß die Gewerkschaften, wenn die Sozialdemokratie auseinanderfällt, dies gleichgültig und fühllos hinnehmen können? Die Gewerkschaften brauchen eine einheitliche starke politische Arbeitervertretung, und zwar eine Arbeitervertretung, die nicht utopischen Phantomen nachjagt, sondern die Verständnis hat für die drängenden Aufgaben der Gegenwart. Es sollte kein ernsthafter Mensch darüber im Zweifel sein, daß sie diese Vertretung schaffen müssen, wenn die sozialdemokratische Partei in kleine Gruppen zerfallen und im vernichtenden Bruderkampf ihre Kräfte verzehren sollte. Wenn man das ausspricht, so wirkt man nicht parteigebärdet, sondern deutet nur die Aufgabe der Gewerkschaften für den Fall an, daß die uns durchaus unerwünschte Zerspaltung der Partei mit ihrer — uns noch weniger erwünschten — völligen Spaltung und Zerrüttung endigen sollte.“

So unklar es also ist, daß der „Grundstein“ die Parteispaltung betreibt, so wahr ist es, daß diese von einem Teil der Parteimitglieder mit allem Eifer betrieben wird. Schon am 18. November 1914 erklärte der Führer der Stuttgarter Opposition, Westmayer, es müsse eine Fahne aufgestellt werden, um die sich die Mitglieder der Opposition sammeln könnten. Und am 6. November jenes Jahres erklärte er, die endgültige Scheidung sei mit aller Kraft anzustreben, unbedünnt um die Schlichtung, die jetzt vielleicht getroffen werde. In Stuttgart und in ganz Württemberg hat man dann in der Tat die Opposition in einer besonderen Organisation zusammengefaßt, die auch heute noch besteht, ja, es ist sogar wiederholt ohne Widerspruch behauptet worden, daß die Opposition heute schon eine über ganz Deutschland sich erstreckende Organisation bestünde. Die Leute um Wordinger haben den Kampf gegen die Einheit der Partei in so dummpoliger Weise betrieben, daß sie von der Mehrheit der Opposition wiederholt entschieden abgelehnt werden mußten. Denn die Mehrheit der Opposition legt Wert darauf, wenigstens den Anschein zu erwecken, als ob sie die Spaltung der Partei nicht wolle. Unter der Hand werden aber von ihren Anhängern anonyme Flugblätter und Schmähschriften gegen die Vertreter der Parteimehrheit im Parlament verbreitet, die das schlaueste an Verleumdung und Gerabehung enthalten, was man sich denken kann. Das hat nicht zur Erhaltung der Parteieinheit beigetragen, ist selbstverständlich. Die ganz Ehrlichen unter den Opponenten machen auch gar kein Hehl daraus, daß sie auf die Parteieinheit pfeifen und die Spaltung zur Vorbedingung für ihre fernere politische Betätigung machen. Sehr lehrreich ist in dieser Beziehung, was der Reichstagsabgeordnete Otto Kühle am 21. Dezember letzten Jahres in der „Pirnauer Volkszeitung“ schrieb. Nämlich folgendes:

„Spaltung braucht nicht Schwächung, kann im Gegenteil eher Stärkung einer Partei sein. Kann ihre revolutionäre Kampfkraft und Energie erhöht werden. Und ich weiß, daß in der Partei viele Lausende mit mir die Spaltung der Fraktion sehr nicht herbeiwünschen, daß sie das nun eingetretene Ereignis als einen verheißungsvollen Aufschwung der Kraft unserer Partei aus dieser und unwidriger Ohnmacht begrüßen, ja, daß sie die unaussprechliche Spaltung auch der Partei zur Vorbedingung für ihre fernere Betätigung als Kämpfer in den Reihen der Sozialdemokratie machen. Für sie alle wie für mich selbst bedeutet die Spaltung der Fraktion einen Akt befreiender Verantwortlichkeit, ein Offenwerden eines längst vorhandenen, aber stets verheimlichten Zustandes, ein freimütiges Bekenntnis zu dem, was ist.“

Sie wird also die Spaltung der Partei ganz ehrlich als „unaussprechlich“ bezeichnet.

Die Oppositionsblätter haben deshalb Kühle vorfichtigerweise abgelehnt; nur der „Vorwärts“ suchte seine Ausführungen zu demänteln und etwas anderes aus ihnen herauszubestillieren als Kühle gesagt hatte. Aber dieser Bemäntelungsversuch ist ihm schlecht bekommen. Kühle ist mit der Politik der Zerspaltung, die der „Vorwärts“ mit Rücksicht auf seine Leser für erforderlich hält, ganz und gar nicht zufrieden. Er hat das Berliner Blatt wegen seiner ungeschickten Bemäntelung seiner ganz unmißverständlichen Äußerung kritisiert und hinterher im „Vorwärts“ Klipp und klar ausgesprochen, was er will.

„Man vermag die Dinge drehen und betrachten wie man will“ — so schreibt er im „Vorwärts“ vom 12. Januar — „es bleibt nur die Spaltung übrig. Und ich halte dies für das konsequenteste, überhaupt das einzig mögliche Verfahren zur Beendigung des Konflikt in der Partei... Ich weiß mich frei von jeder Schuld, die Spaltung der Partei ist mir gewollt oder gefördert zu haben... aber ich werde Befreiung aufatmen, wenn die Spaltung vollzogen ist. Denn nur dann ist, meiner Überzeugung nach, wieder ein klarer, entschlossener Kampf für die Ziele des Sozialismus möglich.“

Das ist wohl absolut klar und deutlich, und es ist nur bedauerlich, daß sich der „Vorwärts“ darauf berufen kann, daß sich der Abgeordnete Koll in einer (im übrigen sehr lesenswerten) Broschüre ebenfalls für die Parteispaltung ausgesprochen hat. Dadurch wird nun freilich die Sache nicht besser, sondern es wird nur bewiesen, daß man tatsächlich mit der Spaltung und dem weiteren Verfall der sozialdemokratischen Bewegung rechnen muß. Unter diesen Umständen halten wir es für unsere Pflicht, unseren Kollegen zu zeigen, in welcher Weise die Gewerkschaftspressen zu den Parteiwirren Stellung nimmt.

Das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ nahm in seiner Nr. 49 vom letzten Jahre Stellung zu der theoretischen Begründung, mit der Karl Kautsky in der „Neuen Zeit“ die Spaltung der Fraktion vorbereitet hat. Am Schluß des „Correspondenzblatt“ artikuliert es so:

„Angeichts solcher Zustände der Gegenwart ist es notwendig, daran zu erinnern, daß die Gewerkschaften jeder Zerspaltung der Arbeiterbewegung den lauffähigsten Widerstand entgegenzusetzen werden. Die Einheit der Arbeiterbewegung ist ein kostbares Gut, das in langen Kämpfen errungen worden ist und dessen Erhaltung auch für die Gewerkschaften ein Lebensinteresse ist. Mag man in Kreisen gewisser Politiker und Literaten geringfügig über die Parteieinheit denken, — die Gewerkschaften wissen, daß sie in derselben ihre eigene Einheit zu schützen haben und sie werden sie zu schützen wissen. Sie handeln nach dem Grundsatz: Tui res agitur!“

Und aus seinem Jahresrückblick, den wir in der letzten Nummer des „Grundstein“ veröffentlicht haben, wollen wir die folgenden Sätze des „Correspondenzblattes“ noch einmal hervorheben:

„Noch halten wir die Arbeiterbewegung für gesund genug, um den wahnwitzigen Angriff auf ihre stolze Einheit zurückzuweisen. Sollte sie sich ohnmächtig erweisen, dann wären die jahrzehntelangen Kämpfe um die Größe der deutschen Sozialdemokratie umsonst gewesen! Die Gewerkschaften werden, unbeirrt von der Haltung der Reichsrechtgruppe, für die wirtlichen Interessen der deutschen Arbeiter eintreten, wie dies während des bisherigen Kriegsverlaufs geschah. Sie werden, eingebend ihrer Vergangenheit, auch nicht ein Jota von den Grundsätzen der Arbeiterbewegung aufgeben, sondern im Geiste ihrer Aufgaben und Ziele weiter wirken an der Erfüllung ihrer Aufgaben und Ziele. Der kennt unsere Gewerkschaften nicht, der von ihnen glauben kann, sie würden nationalsozial oder harmonisierend werden. Sie haben keinen feineren Beruf. Der aber kauft sich erst recht in ihnen, der sie in den großen Lebensfragen der Arbeiterklasse beiseite zu schieben sucht. Die Zeiten sind längst vorüber, in denen die Partei über diese Dinge allein entscheiden konnte. Die Einheit der Partei geht auch die Gewerkschaften an,



und diese dürften nicht geneigt sein, auf erworbene Rechte leichtfertig zu verzichten.

Auch in seiner neuesten Nummer nimmt das „Correspondenzblatt“ wieder Stellung zu den Parteimitgliedern. In einem Artikel „Berufungsbestrebungen in der deutschen Sozialdemokratie“ schreibt es:

„Die Gewerkschaften sehen der Entwicklung der Dinge in der Partei mit der größten Besorgnis entgegen. Sie sind seit Menschengedenken mit der Partei durch vieles Gemeinsame in Gedankenwelt und Wirksamkeit verbunden. Beide sind aufeinander angewiesen, und ihre Mitgliederkreise sind vielfach die gleichen. Es bedurfte nicht erst der Mannheimer Resolution, um beide zu veranlassen, sich in großen gemeinsamen Fragen der Arbeiterbewegung zu verständigen. Seit dem Mannheimer Beschluß ist aber die Entscheidung über solche Fragen in die Hand der beiderseitigen Zentralorgane gelegt und die Verständigung dieser zur Voraussetzung der Aktion gemacht. Wir führen das nicht an, um für die Generalkommission ein Entschuldigungsrecht über die gegenwärtigen Streitigen Fragen in Anspruch zu nehmen, sondern um darzutun, welche große Bedeutung der Mannheimer Parteitagbeschlüsse den Gewerkschaften in der Gesamtarbeiterbewegung beigegeben hat. Aber an der gegenwärtigen Situation haben die Gewerkschaften ein Lebensinteresse, sowohl hinsichtlich der Politik der Reichstagsfraktion vom 4. August 1914 während der Dauer des Kriegszustandes, als auch in bezug auf die Einheit der Partei. Die Politik des 4. August 1914 entspricht den vitalsten Gewerkschaftsinteressen: sie sichert die Fernhaltung jeder feindseligen Zwiespalt, sie sichert uns vor der Zerstückelung deutschen Gebietes und vor der Vernichtung blühender deutscher Wirtschaftszweige, sie sichert uns vor dem Schicksal eines unglücklichen Krieges, das uns auf Jahrzehnte hinaus mit Kriegsverwundungen belasten würde. Diese Politik sichert uns sowohl die heimischen Industrie- und Rohstoffgebiete als auch die Zufuhr der für unsere Produktion benötigten Rohstoffe und die Ausfuhr und den Absatz unserer Erzeugnisse in andere Länder. Sie macht die strategischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten unserer Gegner kundtun und gewährleistet der deutschen Arbeit die freie Entwicklung und den freien Weltmarkt. Wir haben die Interessen der deutschen Gewerkschaften am Ausgange dieses Weltkrieges in unserer Besprechung des „Januarheftes“ „Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis“ eingehender dargelegt und möchten auch auf das Studium dieses für die Streitigen Fragen außerordentlich wichtigen und lebenswerten Buches selbst verweisen. Die Gewerkschaften müssen an dieser Politik des 4. August unter allen Umständen festhalten und können nicht einseitig genug vor den Bestrebungen warnen, diese Politik der jetzigen Fraktion zu durchbrechen.“

Nicht weniger sind die Gewerkschaften aber auch an der Einheit der sozialdemokratischen Fraktion interessiert, nicht allein, weil diese Partei seit der politischen Interessenvertretung der Arbeiterklasse war und demgemäß auch die gewerkschaftlichen Forderungen zu vertreten hatte, sondern weil die Spaltung der Partei unter Umständen auch zu gefährlichen Zerstückelungsbestrebungen in den Gewerkschaften Anlaß und Nahrung geben könnte. Sie müssen daher erwarten und verlangen, daß nichts unversucht bleibt, um die Zer-

strebungen in der Fraktion unweiskam zu machen und deren weitere Ausbreitung zu verhindern. Sie müssen erwarten, daß die Fraktion den Kampf für die Politik des 4. August 1914 wesentlich ungeschwächt überwindet und nach wie vor als einheitliche und starke Interessenvertretung der Arbeiterklasse bestehen bleibt. Vor allem erwarten sie, daß mit den Spaltungspropagandisten kurzer Prozeß gemacht und deren Einfluß auf die weitere Entwicklung der Partei unschädlich gemacht wird. Darüber möge kein Zweifel sein, daß man die gegenwärtige, durch die ungeschwächten Disziplinäre herbeigeführte Kritik der Partei in Gewerkschaftskreisen als eine bitterernte Wendung betrachtet, die die Gewerkschaften nicht unberührt lassen kann, sondern diese zwingt, rechtzeitig an den Schutzhilfen eigenen Interessen zu denken. Mögen die verantwortlichen Parteiführer ebenso rechtzeitig die Kraft finden, der gefährlichen Zerlegung Herr zu werden, und möge die Partei intakt und einig aus diesem Streit hervorgehen. Jede andere Lösung wäre ein Unglück für die deutsche Arbeiterbewegung.“

Der „Zentralarbeiter“ ärgert die Neuerungen Müßes über die Inausbesserlichkeit der Parteispaltung und sagt dazu:

„So können nur Leute schreiben, denen jeder Sinn fehlt für die Notwendigkeit erfolgreicher Gegenwartsarbeit zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse. So kann man schreiben, wer auf dem Standpunkt steht: die Bewegung ist alles, das Ziel nichts. Bewegung in dem hier gemeinten Sinne ist leere Phrasendrescherei, während das Ziel, das sich die Arbeiterbewegung gesetzt hat und das auf politischem, gewerkschaftlichem und gewerkschaftlichem Wege erreicht werden soll, kein Befehl, die Arbeiterkraft durch ihr kollektives Wirken zu schützen vor dem Druck jener gesellschaftlichen Elemente, die in den Arbeiter nicht gleichberechtigte Glieder der Gesellschaft, sondern nur Objekte erblicken, die der kapitalistischen Weltzweckerei dienbar gehalten werden sollen. Deshalb wird Müße mit seinem Spaltungsbegehren bei den denkenden Arbeitern kein Glück haben, sondern, wie er es verdient, kalt fallen gelassen werden, da diese Arbeiter durch den bisherigen Kampf auf allen Kampfgebieten zu gut wissen, daß das vorliegend gezeigte Ziel durch Romanentümliche selbstgefälliger Nichtsahnworter nicht erreicht wird.“

Die „Volksarbeiterzeitung“ leitet einen Artikel „Die Spaltung der Partei“ mit diesen Worten ein:

„Das seit Wochen Einwirkete ist eingetreten, am 21. Dezember haben 20 Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, entgegen den gestellten Beschlüssen und ungeachtet aller Ermahnungen und Beschwörungen, die angeforderten Kriegskredite abgelehnt. Die Fraktion hat sich zum ersten Male in einer wunden Frage gespalten. Ob diese Spaltung zu einer dauernden wird, und ob sie eine Spaltung der Partei nach sich zieht, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen. Wir halten es für möglich, ja sogar für wahrscheinlich, daß dieses Zergerle vermieden wird, aber die Wiederherstellung der Einheit ist ein Vorgang, der so außerordentlich Bedeutung hat, daß er die ernstlichste Beachtung verdient. Es handelt sich nicht mehr um eine häusliche Angelegenheit der Reichstagsfraktion, es ist eine Frage, die nur die politische Arbeiterorganisation angeht, auch die Gewerkschaften sind an ihr in hohem Maße interessiert. Zu der Disziplin, in der Zusammenfassung

der Massen und ihre Lenkung nach einem einheitlichen Willen liegt das Geheimnis der Macht der Arbeiterbewegung. Dieser einheitliche Wille ist aber nicht der Ausdruck der Meinung eines einzelnen oder einer kleinen Gruppe, sondern das Ergebnis der Beschlüsse der Gesamtheit. Arbeiterbewegung und Demokratie sind unzertrennliche Begriffe. Demokratie aber bedeutet Unterordnung der Einzelwillen unter den Willen der Gesamtheit. Im Rat sollen alle Meinungen gehört werden, denn aber ein Beschluß gefaßt ist, dann muß sich ihm auch die unterlegene Minderheit fügen. Gabelt sie dem Beschluß entgegen, dann schädigt sie die Gesamtheit und läßt ihre Kraft. Für die gewerkschaftliche Aktion ist das selbstbeständige und bedarf keiner langen Beweisführung. Die gleichen Grundzüge gelten aber auch für die politische Arbeiterbewegung und ihre parlamentarische Vertretung. Der Wille der Arbeiterkraft kann in der gesetzgebenden Körperschaft nur zur Geltung gebracht werden, wenn die Vertreter der Arbeiter geschloffen auftreten. Zerfallen sie in verschiedene Gruppen, dann sinkt die Vertretung der Arbeiterkraft zur Bedeutungslosigkeit herab. Für die sozialdemokratischen Abgeordneten während des Krieges, noch mehr aber für die Zeit, die nachher kommt, brauchen wir notwendig eine einflussreiche Arbeitervertretung im Parlament. Der durch Zerstückelung den Einfluß der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag mindert, verfährt sich an den heiligsten Interessen der Arbeiter und labet schwere Schuld auf sich.“

Der „Proletarier“, das Blatt des Verbandes der Fabrikarbeiter, das sich während des ganzen Krieges in dem Streik der politischen Meinungen sehr respektiert verhalten hat, und das sich auch jetzt noch nicht in dem Streit der verschiedenen Richtungen einmischt, bebaut das Auseinanderfallen der sozialdemokratischen Fraktion bei der Abstimmung über die Kriegskredite und schreibt dazu:

„Obwohl, ja gerade weil wir immer bemüht waren, die Zerstückelung und Zerklüftung in der Partei aus den besonderen Verhältnissen, die der Krieg geschaffen hat, zu erklären, müssen wir das selbständige Vorgehen der Minderheit bei der Abstimmung im Reichstag entschieden beurteilen. Ihre Auffassung von der politischen Lage, ihre Urteil über den Krieg, ihre Forderung an die Regierung mag richtig oder falsch sein — darüber urteilen wir nicht —, ihr Verhalten im Reichstag war ein Verstoß gegen das wichtigste Grundgesetz einer demokratischen Partei. Eine Partei wie die Sozialdemokratie kann nur durch ihre Masse politisch wirksam werden. Ihre Grundzüge, ihre Ziele, ihre Forderungen gehen ihrer politischen Aktion die Richtung, werden ihr die Massen, die für die Durchführung dieser Aktion notwendig sind; aber alle Kraft und alle Arbeit beruhen wirkungslos, wenn bei einer gegebenen Aktion die Einheit und Einheitsfront fehlt. Bei der Beratung dürfen die Meinungen ausbehalten werden, bei der Ausführung müssen alle Kräfte zusammenwirken. Es ist schon eine bedenkliche Würdigung dieses Grundgesetzes, wenn, wie das seitler in der Fraktion üblich war, diejenigen, die der Haltung der Mehrheit nicht zustimmen, sich der Stimme enthalten dürfen. Immerhin war dies aus mancherlei Erwägungen erklärlich und ohne weittragende Folgen. Sobald aber in der Fraktion die Richtungen gegeneinander stimmen, ist ihre politische Kraft gebrochen. Damit soll gesagt sein, daß wir das Bedenkliche der Haltung der Zwanzig nicht in ihrer

### Die Frösche der Latona.

Die Abberiten berechnen neben andern Göttern die Göttin Latona als ihre besondere Schutzgöttin. Ihr waren alle im Gebiet der Republik Abdera lebenden Frösche geweiht. Nicht, daß ihr etwa die Leiber der Frösche gegostet wurden, sondern sie mußten im Gegenstand der Frösche zu Ehren am Leben gelassen werden. Warum die Abberiten gerade die Latona verehrten? Nun, „weil es immer so gewesen ist!“ Weil diese Verehrung ihnen von ihren Vorfahren vererbt war. War das nicht Grund genug, und wer wollte ihnen diese Verehrung übernehmen, solange die Folgen ererblich waren, das heißt, solange die Frösche nicht überhand nahmen. Aber zu ihrem Unglück verloren die Abberiten in dieser Hinsicht, wie in mancher andern, jedes Maß und Ziel.

Durch den Prozeß um den Froschhatten war die abberitische Bevölkerung in zwei feindselige Parteien geteilt worden. Das empörte Volk hatte durch die Leitung des Gels das Recht der Zerstückelung begehrt, jedoch nicht die bisherigen Parteiführer. Während des Prozesses waren die Epriepriester Agathyrus von Jonontempel und Stroblus von Tempel der Latona die ersten Führer beider Parteien gewesen. Dem ersteren waren die Frösche der Latona nicht nur überaus gleichgültig, sondern er ließ sie im vertrauten Kreise über die Dummheit ihrer Anhänger. Er ließ darum im Gebiet des Jonontempels nicht nur einen großen Froschhatten ausführen und nicht zuletzt Staatsmann war, wollte er eben diese Dummheit in geschickter Weise demagogisch ausnutzen, um sich und seine Partei zu empfehlen. Agathyrus war ehelich und wollte das süße Gefühl, ein Zeibum zu sein, um seinen Preis müssen. Er ließ darum im Gebiet des Jonontempels nicht nur einen großen Froschhatten auslegen, sondern verbannte aus diesem Gebiet auch alle Götter. Von dem Epriepriester Stroblus ließ er sich zur Verehrung des Grabens einige Pfister mit geheiltem Froschhatten ausbitten. Von diesem Tage an war der Epriepriester Agathyrus der erklärte Feindling des gebantenföchtigen, nach mehr als 2000 Jahren, über diesen Froschhatten lagen, sie haben jedoch wenig Ursache dazu; denn es gibt auch heute keine politische Partei, die nicht ihren größeren

oder kleineren geistigen Froschhatten und ihre Froschpfleger hätte. Agathyrus legte mit seinem Froschhatten den Grund zur Zerstückelung der abberitischen Republik; denn es blieb nicht bei dem einen Graben.

Wer einiges über politische Latini weiß, wird erkennen, daß Agathyrus durch den Graben seinem Gegner Stroblus einen furchtlichen Stief verjehle. Stroblus war dazu bestellt, über die richtigen Grundzüge der Froschpflege zu wachen. Die Latone wegners aber hatte die Absicht, über die Froschpflege zu wachen, daß er die erste Lösung unmöglich wurde. Das erste hätte den Latonen entzogen, aber das Ansehen der Froschpflege vorläufig geschützt; Stroblus wußte das zweite, indem er eine Verordnung erließ, nach der jede schädliche oder unzulässige Zügelung oder Verehrung der Frösche mit Landesverweis bestraft werden sollte. Alle Götter, Meier oder sonstigen Götter, die etwa ein Gefährde nach Fröschen haben den. Inzwischen war die Froschpflege in Abdera so weit gediehen, daß nicht nur in jedem Hause, sondern fast in jedem Zimmer ein kleiner Froschhatten bestand. Der Latone beschloß, nicht nur die Straßen und Plätze in der öffentlichen Froschpflege in Abdera zu besetzen, sondern gab Geld aus, um von Ausland Mädchen zu holen als Froschpfleger zu beziehen. Das Dogma hatte Besitz von den Menschen genommen.

Der Epriepriester konnte allerdings die geistige Verordnung nicht ohne Kampf bekommen. Democritus, Abdera, hatte ihnen zwar schon Frösche gesagt, daß ihnen die Frösche eines Tages über den Kopf wachsen würden, wenn sie so weiter wirtschafteten. Da jedoch Democritus nicht jedes Wort der Froschpfleger und Dogmenverkörper ohne weiteres glaubte, hielten ihn die Abberiten für einen Narren und schlugen seine Reden in den Wind. Die Latonenepriester machten mit dem heiligen Froschhatten ein

Vombengeschäft; Schnupfen, Fieber und Krankheiten nahmen infolge der überall herrschenden Feuchtigkeit zu, ohne daß die Bürger zur Einsicht gekommen waren. Da fiel es einem spitzenbärtigen Mann ein, das Studium des Oberpriesters aus politischen Gründen mit der Frage zu befehlen: ob eine grenzenlose Verehrung der Froschmenge dem Staate nicht mehr Schaden tun könnte, als die etwa möglichen Vorteile jemals wieder gut machen könnten? Die Frage wies zu eigenen Überduldung des Froschepriesters ein Erbdehnen. Sofort bildeten sich zwei Parteien, Froschpfleger und Gegenfroschpfleger. Jene wollten auch die letzteren nicht alle Frösche befehligen wissen, wie sie mit vielen „Wem“ und „Aber“ erklärten, doch wollten sie ihre Verminderung auf eine bestimmte Anzahl. Das Haupt der Gegenfroschpfleger war Sokrag; das Haupt der Froschpfleger Sillbon, der inzwischen dem Stroblus im Amt gefolgt war.

Die Abberiten konnten vor Fröschen kaum noch treten, und als bei einer großen öffentlichen Feierlichkeit einige Dutzend Frösche elend getreten wurden, sah sich der Latone — Präsident wurden wie heute gesagt — veranlaßt, eine außerordentliche Nationalversammlung einzuberufen. Sie sollte beraten werden, was für eine Verengung die Stadt der Latone sein, daß dieses Unglück schuldig sei. Nachdem die Debatte einige Zeit gedauert hatte, sagte der Reichserbeibias: „Ich begreife nicht, warum die Herren um ein halbes Stund Frösche mehr oder weniger ein solches Aufsehen machen? ... Ich berufe mich auf die innere Ueberzeugung aller Menschen, deren Mutterwitz noch nicht ganz eingetrocknet ist, ob jemand ohne Unverschämtheit behaupten kann, daß die Menge der Frösche in Abdera unangenehm ist?“ Weibias fand bei mehreren Anwesenden Zustimmung. Nach langer Aussprache über ihre Meinungen gegenüber dem Problem fand der Latone einen Ausweg, indem er vorschlug, die Gänge der Akademie zur Verengung zu überweisen. Alle waren froh, die Gänge so von sich abzuweisen zu können, mit alleiniger Ausnahme des Reichserbeibias, der zwar nicht die Frösche liebte, aber fast vor Zeit geliebt hatte, weil er die Frösche nicht Kröten geworden war. Die Akademie sollte also ein Outdachten erhalten, wie der übermäßigen Verehrung der Frösche, unbeschadet der schuldigen Gerechtigkeit für Latona

Abstimmung bei den Kriegskrediten sehen, sondern in den Konsequenzen, die ihr Verhalten haben kann. Die nächste Zukunft wird die Fraktion noch recht oft vor schwierigen Fragen stellen. Dabei wird es voraussichtlich starke Meinungsverschiedenheiten geben. Wenn dann jedes Gruppchen auf eigene Faust Politik machen wollte, so würde das zu recht unerwünschten Zuständen führen. Dann könnte es so kommen, wie der „Grundstein“ vor längerer Zeit andeutete, daß nämlich die Gewerkschaften ein politisches Aktionszentrum bilden oder schaffen müssen. Vorläufig hoffen wir allerdings noch, daß die Partei das schärfste Vorbild der Fraktion nicht nachahmt, daß vor allem die Mitglieder der Partei dafür eintreten, daß die Einheit der Partei über die jeglichen Meinungsverschiedenheiten hinweggesetzt wird. In der Zeit nach dem Kriege ist uns nicht bange. Dann wird die Partei voraussichtlich durch dieselben Kräfte zusammengeschnitten werden, die sie heute zur Auflösung treiben wollen.“

Der „Courte“, das Blatt des Transportsarbeiterverbandes, sagt in seinem Artikel „Für die Einheit der Arbeiterbewegung“, er betrachte jeden Disziplinbruch in dieser schweren Zeit als das, was er ist, als Vögelerei an den Interessen der Arbeiterklasse und an dieser selbst. Dann schreibt er weiter:

„Wo hin der Weg? müssen wir denen zusehen, die das oberste Geheiß der sozialen Demokratie in der Reichstagsfraktion anlässlich der letzten Abstimmung über die Kriegskredite mit den Frühen getrompelt haben. Nicht die Ablehnung der Kriegskredite ist das, was sie, die wir verteidigen — über Kriegskredite mag man verschiedener Meinung sein, das ist jedes Mannes gutes Recht — nein, der hierbei seitens eines Teiles der Minorität ausgeübte Disziplinbruch ist es, den wir zum Arbeiterhandpunkt aus auf's Schärfste verteidigen müssen. Wo soll das hin, wenn von den ernannten Führern den Massen solche unbecanntliche Beispiele der Eigenbrütelei gegeben werden? Werden diese Beispiele auch nur dann und wann von den Massen in politischen und wirtschaftlichen Kämpfen befolgt, dann aber Partei, aber Gewerkschaftsbewegung, es gibt dann nur noch ein gegenläufiges Verhalten, keine geschlossene, einheitliche Kampffront gegenüber dem Gegner mehr. Dann arbeiten wir in Zukunft ganz von selbst dem Kapital in die Hände, legen unserer Macht, unserer Kraft, unserem Willen selbstgeschmiedete Ketten und Fesseln an und die theoretische Freiheit der Minorität wird zur faktischen Sklaverei der Majorität.“

Genüsse Reichsausschüsse haben schon seit einiger Zeit an den Meinungen gebaut, den Sprengstoff eingedrückt und dazu naiv und scheinbar harmlos behauptet, eine kleine Sprengung könne den Bau nicht erschüttern. Nur daß der Sprengstoff unter dem Fundament des Hauses lag und die Entzündung der Mine den Grundstein zertrümmerte und dem ganzen Gebäude, mit dematomischen Lebensarten nicht zu verwechseln, die Höhe herabsenkte. Und was das Unschärfste, die Drogenfrage ist: der Disziplinbruch hat schon vor der Zeit seine theoretische Bestätigung gefunden. Mit der nötigen Naivität und Saarpatzerlei läßt sich — das lehren uns die verschiedenen philosophischen Systeme in der Weltgeschichte — der größte Unfinn begreifen. Freilich nicht etwa mit Marxismus; denn im kommunistischen Manifest steht als oberste Parole

für die Arbeiter: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! Eine solche Vereinigung wäre aber ohne das Prinzip: die Minorität hat sich stets der Mehrheit zu fügen, ein Ding der Unmöglichkeit. Also die Autorität der Mehrheit spricht in diesem Falle mit hanebüchener Deutlichkeit gegen die Epigonen. Die Minorität war also bei ihrem Disziplinbruch von allen wirklich guten Geistern verlassen.

Das scheint sie selbst zu wissen; denn sie bestreitet lebhaft in der ihren Vögelerei an der Arbeiterklasse denkenden und beschönigenden Presse, einen Disziplinbruch begangen zu haben. Acht Literaten, fünf Advokaten — wie leicht ist es, aus Schwarz Weiß und aus Weiß Schwarz zu machen. Zur Sache, daß jeder einfache Arbeiter den faulen Zauber dieses Gegen-Einmaltens mit Händen und Füßen ablehnen kann. Durch untern Disziplinbruch, sagen die Literaten und Advokaten, wird die Einheit der Partei nicht gefährdet, sondern gestärkt; das ist genau dasjenige, was wenn ein Streikbrecher sagt: Durch meinen Streikbruch wird die Streikenden dadurch nicht gefährdet; denn eure Streikklasse wird ja dadurch gestärkt, daß sie meine Unterstützung spart, ihr könnt also länger ausfallen. Nur daß der Streikbrecher bei seiner Tat sich gegebenenfalls auf seine hungende Familie berufen kann, um seinen Disziplinbruch zu rechtfertigen, er moralisch also ein milderes Urteil verdient. Aber wenn gar der Streikbrecher noch jenseitig die deutsche Arbeiterklasse geistig so unendlich tief ein, daß sie der Meinung sein können, die Massen würden ihnen diesen Unfinn, an dem sie ehlich selbst nicht glauben, als der Separatisten Überzeugung entgegennehmen und werten? Soviel hat auch der einfache Arbeiter von den Grundgesetzen der Demokratie gelernt, daß Disziplinbruch nicht zur Einheit führen kann.“

Die „Ruchbindezeitung“ bringt einen Artikel „Nun aber keine Vertuschung mehr!“ Darin heißt es:

„Das war der schwarze Tag in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, der 21. Dezember des Jahres 1915! Das Auseinanderfallen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei der Abstimmung über die Kriegskredite in eine Mehrheit und eine Minorität wird von unabhäuflichen Folgen sein und auch ihre tiefe Wirkung auf die Gewerkschaften und auf ihre Stellung zur sozialdemokratischen Partei ausüben. Die deutschen Gewerkschaften werden keine Waffenbedarfsfrage mit der Sozialdemokratie gehalten. Ihre Einheit ist sozialdemokratische Gewerkschaften waren, sondern weil sie einer starken Partei bedurften, die ihre Interessen auf den weiten Gebieten der Sozialpolitik, der Handels- und Arbeitspolitik, der Gesetzgebung und Gesetzesanwendung vertrat. Das konnte sie aber nur von einer einzigen, die Interessen

der Gewerkschaften richtig wärdigenden und vertretenden Partei erwarten, die die gemeinschaftsständigen Tendenzen innerhalb der eigenen Reihen niederzulegen vermochte. Damit steht es jedoch in der sozialdemokratischen Partei, je länger der Krieg dauert, je schlimmer aus. Das ist eine Tatsache, an der nicht mehr zu rütteln ist. Das muß nunmehr klar und unumwunden ausgesprochen werden. Jedes Vertuschen ist nicht nur schädlich für die Gewerkschaften, sondern auch für die Partei. Will man den Gewerkschaften einen Kranken fördern, so muß man den Sitz seiner Krankheit erkannt haben und ihm unter Umständen schonungslos die Wahrheit sagen. Das ist in diesem Falle um so notwendiger, weil sonst der Krankheitsstoff auch auf die Gewerkschaften übertragen werden, ihre Einheit, auf der ihre Erfolge beruhen, mit gesprengt werden könnte; eine Gefahr, die bei der Innigkeit der Verbindung beider Zweige der deutschen Arbeiterbewegung beileibe nicht unterschätzt werden darf.“

Die deutsche Gewerkschaftspressen hat sich mit wenigen unruhigen Ausnahmen ebenso wie die verschiedenen Konferenzen der Verbandsvorstandsvertreter auf den Boden der ehemals erdrückenden Mehrheit der Sozialdemokratie, zu der auch der größte Teil der jetzigen Minorität gehörte, gestellt: daß wir das Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht im Stich lassen dürfen, da dies auch im ureigenen Interesse der deutschen Arbeiterklasse stehe. Sie wird um die deutsche Arbeiterklasse in diesem Landpunkt unerschütterlich festhalten, will sie nicht unüberwindliche Schuld auf sich laden und der Zukunft der Gewerkschaften turzschichtigerweise den Weg berräumen. Mit Recht würden die Gewerkschaften den Wortwurf auf sich laden, wenn sie in diesem geschichtlichen Moment, wie er nur alle hundert Jahre einmal vorkommt, verfangen und aus falschverstandener Neutralität nicht rückhaltlos ihre Meinung sagen, nicht ihre eigenen, klar erkannten Wege gehen würden. In der Gewerkschaftsöffentlichkeit beruht die Zukunft der Arbeiterklasse.“ So schrieb August Bebel 1900 in seiner kleinen Schrift „Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien“. Dessen muß sie sich jetzt mehr als je bewußt sein gegenüber jenen, die der Größe der geschichtlichen Aufgaben der Arbeiterklasse nicht gerecht zu werden vermögen und die innerhalb weniger Monate von einem Extrem zum andern schwanken, wie die Bernstein, Büchner, Dittmann, Zubeil und gleichgestimmte Seelen. Nimmermehr können ihnen die Gewerkschaften ihr Schicksal anvertrauen. Mag die Partei es unter sich abmachen, wie lange sie sich die Disziplinlosigkeit ihres „Zentralorgans“, des „Vorwärts“, der „Neuen Zeit“ und „Gleichheit“ gefallen lassen will. Die gewerkschaftsfeindliche Stellung dieser Blätter und ihre fortgesetzten Verleumdungen, die Disziplin auch innerhalb der Gewerkschaften zu lockern, werden letztere kraftvoll zurückzuweisen verstehen.“

In der „Allgemeinen Steinacherzeitung“ schreibt A. Knoll unter anderem:

„Was Raubisth in der „Neuen Zeit“ vorher theoretisch und wissenschaftlich begründet und der „Vorwärts“ nach vollzogener Tatsache als sozialdemokratischer Weisheit leichten Schluß laut gegeben: Daß Spaltung und Zersplitterung das beste Mittel zur Aufrechterhaltung von Einheit und Stärke seien, das hat die 20 Mann harte Minorität zur Tat werden lassen. Für die Gewerkschaften bleibt auf alle Fälle die Politik des

**Merktblatt.**

Es ist gut Hurra schreiben, wenn man in Deutschland hinter dem Rücken Lumpen sitzt und einem das Fett in der Pfanne nie ausreicht.

Es ist gut Siege feiern, wenn man doch kein anderes Praffeln gehört hat, als das Praffeln des Feuerwerks und plätschende Schrapnelle und Granaten nur aus der Zeitung kennt.

Es ist gut vom Durchhalten sprechen, wenn man nachts bei seiner Frau im Neste liegt und sich die warme Decke über'n Kopf ziehen kann.

Es ist aber schwer, ein Soldat zu sein; denn der Regen näßt, die Kälte zwickt, die Sonne sticht, der Hunger tut weh, der Durst brennt den Hals aus und die feuchte Erde madt Rheumatismus.

Es ist aber schwer, ein Soldat zu sein; denn man ist kein Mensch mehr für sich; man muß seinen Willen einem andern Willen unterwerfen; man sieht nie weiter, als die eigenen Knie gehen.

Es ist aber schwer, ein Soldat zu sein; denn man muß nicht nur marschieren und wieder marschieren, man muß auch lächeln. Da heißt es, dem Herrgott ins Gesicht schauen und die Verantwortung dafür übernehmen sein Leben lang. Die nimmt einem kein Beschäftigter ab. Auch der höchste nicht. Keiner.

Wunderst euch darum nicht, daß wir so hilflos sind. Kommt heraus zu uns furchterlichen Gesellen, und ihr werdet begreifen, daß wir die deutsche Erde heißer lieben als ihr. Weil wir ihr jodiel fernher sind. Weil wir stündlich dafür sterben müssen. Weil wir erst an der Fremde messen konnten, was deutsche Erde eigentlich ist. Da werdet ihr begreifen, daß wir gegen unsere Feinde keine großen Worte gebrauchen, sondern an den Helm greifen in Nochnacht. Und doch, wenn er kommt, dann ärgern wir keinen Augenblick, dann drücken wir los und schießen ihn in die breite Brust hinein! Amen! — (Ostar Wöhrte im „Mars“)

und den Resten ihres Kampfes, Einfall genen werden konnte. Der Monopolplatz überdrückte dem Oberpriester Stillson schließlich diesen Beschluß. Der weltberühmte Priester erklärte: „Ich will dem Kronen augenblicklich mein Buch von den Altentümern des Rationensystems senden. Er muß es noch nicht gelesen haben. In dem Kapitel von den Früchten ist alles, was darüber zu sagen ist, ins Hare gesetzt.“ Es folgten viele Mühe, ihn herauszuzumaden, daß der Kronen wieder dies Buch noch irgendein anderes von ihm gelesen habe. Er wollte nicht glauben, daß es schon so weit mit Albedra gekommen sei, und ging darum selbst zum Kronen. Ohne sich jedoch mit dem diechtigen Buch zu befassen, sandte er dem Kronen an Kronen, die er annehm, daß die Kronen der Akademie befehlen werde. Darin fäufste er sich nicht.

Während der gute Stillson zu Hause die in dem Buche niedergelegten Ideen nehmerns überprüfte und stets zu dem Schluß kam: „Man muß entweder dem allgemeinen Menschennsinz entgegen oder von meinem System überzeugt sein“, bot Kronen in seiner Wohnung alle Weisheit auf, um Stillson's System zu widerlegen. Hier nur wenige Worte aus seinem Gutachten: „Da die Früchte in Albedra, vermöge eines uralten und ehwürdig gewordenen Instanz und Glaubens unserer Voreltern, Korredie erlangt haben, in deren Besitz sie zu stehen, diesen beidlich, manchen sogar unerlaubt seinern mag, und da es vermöge der Natur der Sache leicht geschehen könne, daß die einzigen diesjannan Mittel, die die Akademie in dem gegenwärtigen Weltlande vorzuzusetzen hat, jenen wirklichen oder vermeintlichen Rechten der abberitigen Früchte Abbruch zu tun scheinen könnten, so wird es ebenso zweckmäßig als unumgänglich sein, eine historisch-heraldische Beleuchtung der Frage, was es mit besagten Früchten für eine besondere Bewandnis habe, voranzuführen. ... Es hängt also der glückliche Erfolg von der Präzisionsfrage ab: ob und inwiefern die Früchte in Albedra als wirkliche Früchte anzusehen seien oder nicht. ... Wir wollen, um die Aufmerksamkeit des hohen Senats nicht ohne Not mit arithmetischen Subtilitäten zu erwidern, annehmen, der Sohn des größten und dicksten von den freigelegten Kronen Willern habe sich in seinem Heimutlande zu seinem Vater verhalten wie eins zu hundert Millionen, wobei sich ohne

große Mühe zu erweisen wäre, daß der größte unter allen Menschen als kein unwichtiges noch geringes Heiner ist, als ich angegeben habe. Nun hielt nach des Priester's Stillson Meinung in diesem Reim der Reim des Enkels, des Urenkels usw.“ Kurz und gut, Kronen bewies wissenschaftlich, daß die abberitigen Früchte von der gleichen Art seien wie andere Früchte der Welt.

Nachdem das Gutachten im Senat verlesen war, wurde dort nach langer und hitziger Debatte beschloffen, die Rationenspriester gleichfalls zu einem Gutachten aufzufordern. Der Oberpriester Stillson bewies nun ebenfalls wissenschaftlich in einem umfangreichen Buch, das so schwer war, daß es von zwei Sadträgerern zum Matras getragen werden mußte, daß Kronen keinen Menschenverstand habe, daß er ein Unmündiger sei, da er nicht weiß, was er tut, daß in der Natur nichts groß und nichts klein sei, da die Materie ins Unendliche geteilt werden könne, und daß darum auch alle Früchte von den verwandelten Willern abkammeln usw. Der Senat ergriff vor dem riesigen Wähler und überwies ihn ungelassen an Kronen. Die Kronen sollten in seinem Sinne keinen Weg beschreiten und überbies das Buch der Reichshofrat. Der Meinungsstumpf lobte ihn und her, ohne entzischen zu werden, als im nächsten Sommer eine Unzahl von Wäulen und Matten die abberitigen Felder verweilte. Die Gegenfrüchte sollten, man solle nun endlich die Früchte verlegen, da man diese Früchte fangen könne als Wäule und Matten. Die Früchte sollten die Wäulenplage sei eine sichbare Strafe der Götter für die Regel der Gegenfrüchte. Alle Vermittlungsvorschläge verhallten fruchtlos. Endlich schied der Kronen vor, gemeinsam mit Sat und Pod, mit Kind und Regel aus Stadt und Land auszugehen. „Wenn die Wäule nichts mehr zu heigen finden, werden sie sich selbst anstellen und den Früchten ein Katona gnädig sein.“ So geschah es.

Ein glückliches, heilensches, tapferes Volk waren diese Abberiten. Sie verloren zwar ihre Heimat und ihre Güter, aber sie betageten ihre Grundbeside und Abberzungen. Seit ihrem Auszug aus Albedra gersteten sie sich über die ganze Erde, und ihre Nachkommen wirkten unter allen Völkern in ihrem Sinne. D. Otto.





4. August Zeitlern und Nichtschür ihres künftigen Verhaltens. Für die Gewerkschaften gibt es in dieser Hinsicht keinen Unfall, kein Einüberleiten in die gegenwärtige Politik, ja nicht einmal eine stillschweigende Anerkennung einer solchen — und das selbst dann nicht, wenn die heutige Fraktionsmehrheit sich wirklich in eine Minderheit verwandeln sollte. Hier handelt es sich um eine Lebensfrage der Gewerkschaften. Und da keine sich ihrer Verantwortung bewußte Gewerkschaftsleitung für eine gewerkschaftliche Selbstmordpolitik zu haben ist, so ist es gänzlich ausgeschlossen, daß es für die Gewerkschaften im geringsten ein Abweichen von der bisherigen „Kriegspolitik“ gibt. Wonach sich diejenigen politischen Kreise, die bisher auf ein Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften Wert gelegt haben, werden richten müssen, die sowohl der theoretische Begründer Kautsky, wie der politische Gelehrer im Augenblick der Tat im Reichstage gegeben haben, dann wird man zugeben müssen, daß mit solchen „Gründen“ jede Opposition ihr Sondervergehen verteidigen kann! ... Demokratie, das ist Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, das ist die Grundlage, auf die die Organisationen des arbeitenden Volkes aufgebaut sind. Wird diese Grundlage angefaßt, glaubt jeder einzelne oder eine Minderheit von einzelnen den Willen der Mehrheit in Zeiten höchster Gefahr und schwersten Kampfes willkürlich beiseite schieben und auf eigene Faust Politik treiben zu können, dann heißt das nichts anderes als Verhärzung unserer Organisationen, Verschärfung der deutschen Arbeiterfront und offener Verrat! Das sollten die deutschen Arbeiter, sowohl im Interesse ihrer künftigen Organisationsarbeit als auch im Interesse ihrer nationalen und wirtschaftlichen Existenz als größter Teil des Volksganges, der Minderheit klar und deutlich zu Gemüte führen.“

„Auch die „Sattler- und Portenullerzeitung“ wendet sich scharf gegen die „Spaltlinge“, wie sie die Leute um Müller und Geyer nennt. Schon mehr als einmal habe sie den Nachweis erbracht, daß die deutschen Arbeiter, dank der Arbeit der Gewerkschaften und der Partei, mehr zu verlieren haben als ihre Ketten. Die Vertretung der Arbeiterfront beglücke Verrat, wenn sie ihre Erfolge auf sozialpolitischen Gebieten und andres mehr aufs Spiel setzte, nur um einigen aller Verantwortung baren Leuten zu Mund zu reden. Es sinne nicht, wenn die Minderheit behauptet, sie allein könne aus Benutzungsrichtigen nicht das sagen, was sie sagen möchte, um das Volk von der Wahrschaffigkeit ihrer Gründe zu überzeugen. Sie sei der Meinung; wenn die Vertreter der Mehrheit unter Hinterrückung der Landesinteressen reden würden, wie die Verhältnisse in Wirklichkeit gelagert sind, dann fänden die 20 Verneiner des Reichstages ohne jedes Gefolge allein. In den weiteren Ausführungen dieses Gewerkschaftsblattes heißt es:

„Die Vertretung der Disziplin ist das Entscheidende, was im nächsten Sinne wie ein Spaltling auf unsere Organisation wirken wird. Wenn berufene Führer der Arbeiterfront ihre selbstgeschaffenen Gebiete ungetreut mit Füßen treten, kann man es dann den simplen Mitgliedern einer Organisation verdenken, wenn ihnen Mehrheitsbeschlüsse seltsam sind? ... Der unheilvolle Einfluß gegenseitiger Gerabsetzung kann nur durch den Willen der gesunden Organisationsmitglieder beseitigt werden. Ihnen ist eine ungeteilte Arbeiterbewegung das beste Mittel zur Erfolgsmöglichkeit. Wenn einzelne, und seien es auch Führer, sich dem Rahmen nicht fügen wollen, so müssen ihnen die Konsequenzen nahegelegt werden. Eine Arbeiterbewegung wird ohne disziplinierte Führer bestehen und wirken, sie geht zugrunde, wenn ihre Führer: Solidarität und Disziplin, unterwühlt werden. Die Gewerkschaften sind sich klar: Ohne moderne Arbeiterbewegung Freiheit und Wohl! Es steht viel für die Arbeiterfront auf dem Spiele. Solange es Gewerkschaften und eine sozialdemokratische Partei, beides Minder einer Mutter, gegeben hat, haben sie sich gegenseitig ergänzt. Ohne gegenseitige Gebete haben die Gewerkschaften der Partei ihre Interessenvertretung im Parlament anvertraut. Wenn aber eine Spaltung eintritt, welche die Macht der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage geschwächt wird, sie zur Einflusslosigkeit herabstürzt, dann müssen die Gewerkschaften notwendigerweise ihre parlamentarische Vertretung in eigene Hände nehmen. Ein Zustand, den wir nicht wünschen, der aber kommt, wenn nicht bald eine bessere Einigkeit bei den Separatisten liegt. Will die deutsche Arbeiterfront einen halbwegs glücklichen Frieden, will sie an den Friedensbedingungen mitwirken, will sie auf sozialpolitischem Gebiete einflußreich bleiben, hat sie ihre Ansprüche auf wirtschaftliche Gleichberechtigung und politische Freiheit aufrecht, dann muß sie sich einengen sein, daß dieses Ziel nur durch Einigkeit zu erreichen ist. Weil die Gewerkschaften sich ihrer noch zu lösenden Aufgaben bewußt sind, darum sind sie energische Verfechter der Einigkeit innerhalb der modernen Arbeiterbewegung und darum proletharisch gegen alle Spaltungen, die einer Spaltung der sozialdemokratischen Partei Vorstoß leisten.“

**Am 22. Januar ist der dritte Weitag in diesem Jahre möglich. Mitglieder, die arbeitslos sind, müssen sich zur Kontrolle melden. Wer arbeitslos ist und sich nicht zur Kontrolle meldet, hat den vollen Beitrag zu zahlen.**

Schließlich sei noch die „Gewerkschaft“, das Blatt des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, zitiert. Es sagt in seinem Rückblick auf das Jahr 1915:

„Der 21. Dezember — wir sehen ihn als den schmerzhaftesten Tag des verflochtenen Jahres an, und vieles, was in jahrelanger, mühsamer Organisationsarbeit aufgebaut wurde, ist mindestens arg gefährdet. Wer die Erklärung der Minderheit in Ruhe auf sich wirken läßt, wird wenig Unterschiedliches von der der Mehrheit finden. Am meisten dürften gerade die Anhänger der Minderheit enttäuscht sein; denn auch hier wird kein Weg gefunden, der uns den Frieden bringt, und darauf allein kommt es jetzt an. Was aber darüber ist, nämlich die Gefahr einer Abspaltung in der deutschen Arbeiterfront, ist in gegenwärtiger Zeit so verhängnisvoll, daß man es geradezu als Trauerspiel bezeichnen muß, wenn einzelne (angeblich laienhafte) um Wille diese Verhinderung „herbeizuführen“. Doch der „Rückblick“ und die „Neue Zeit“ in dieser schweren Zeit so völlig verlesen, bleibt ein trübes Kapitel, mögen die Dinge ausgehen wie sie wollen.“

Diese einmütige Stellungnahme der deutschen Gewerkschaftsfront in Verbindung mit dem Verhalten der deutschen Arbeiterfront während des Krieges sollte den vernünftigen Elementen der Minderheit zu denken geben; sie sollten von einer Politik ablassen, für die sie wohl durch anonyme Verteilungs- und Heftungsblätter schimmiger Art aufgepeitscht keine Kreise der Arbeiterfront, niemals aber die ihrem gelunden Instinkt folgende Masse der deutschen Arbeiter gewinnen können.

Am 10. Januar tagte in Berlin eine Konferenz der Vertreter der Verbandsoberstände, die sich ebenfalls mit den Vorgängen in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und ihren Auswirkungen auf die Gewerkschaften befaßte. Allgemein wurde der Disziplinbruch der zwanzig Fraktionsmitglieder, die sich zu einer Sonderaktion im Reichstage zusammengesunden haben, aufs schärfste verurteilt. Die Unzufriedenheit endete mit der Feststellung, daß die Konferenz auch angesichts der gegenwärtigen Situation an der am 7. Juli 1915 abgegebenen Erklärung festhalten müsse: daß die Stellung der übergroßen Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteiauswüchses sowie des Parteivorstandes allein den Interessen der Arbeiterfront im allgemeinen und den Gewerkschaften im besonderen diene, sowie daß die von den Sonderführern in der Partei vertretenen Ansichten dem Wesen und Wirken der Gewerkschaften widersprechen und ihre Durchsetzung eine Preisgabe alles dessen wäre, was die Gewerkschaften erstreben. — Wir legen die Abrechnung, daß die Generalkommission in Verbindung mit den Verbandsoberständen, wenn die Parteierklärung weitere Fortschritte machen sollte, rechtzeitig die Maßnahmen ergreifen und ergreifen wird, die zur Wahrung der Interessen der deutschen Gewerkschaften und der deutschen Arbeiter erforderlich sind.

**Handwerkerorganisationen und Krieg.**

Der Weltkrieg hat in mancherlei Dingen eine Entwicklung geschaffen, von der sich die Schulmeister der bürgerlichen Prophezen nichts träumen ließen. Zu diesen neu geschaffenen Zuständen gehört auch eine verstärkte Organisationsgründung des selbständigen Handwerks. Es ist ohne Zweifel richtig, daß der Krieg eine Reihe selbständiger Existenzen des Mittelstandes und besonders des Handwerks vernichtet hat; denn mit dem Augenblick der Einberufung des Wehrers mußte in der Regel das Geschäft oder der Betrieb geschlossen werden. Die Rundschau hat sich in der Zwischenzeit in andere Geschäfte verlaufen, deren Wehler entweder nicht Soldat sind, oder die einen beratigen Umfang haben, das sie fremde Geschäftsführer in genügender Weise beschäftigen können. Die Familien der einberufenen Handwerker gehen in die Familien von den Erparnissen, die eigentlich das Betriebskapital bilden, und es ist einleuchtend, daß ein solcher Stand die öffentliche Meinung, weil sie entweder nicht nehmen oder diese infolge mangelnden Verständnisses mancher unteren Wehler nicht in Anspruch nehmen können. Auf diese Art wird der Krieg als ein gewaltiger Faktor der Protektionierung, indem er die Minderbemittelten zum Teil vollends arm macht, während zugleich die Vermögenden zum Teil noch reicher werden. Was dahin verläuft also die Geschichte ganz nach dem theoretischen Programm der „Wirtschaftslehre“.

Man sollte aber schon wenige Monate nach dem Beginn des Krieges die gegenwärtige Tendenz ein: das ist sich. Es gibt zwar in einigen Handwerkskreisen seit Jahren Einkaufsgenossenschaften für Rohmaterial und einige andere ähnliche Organisationen; aber im Bau-

gewerbe schien bisher kein günstiger Boden dafür zu sein. Unter diesen Umständen ist es geradezu auffällig, daß das Jahr 1915 eine ganze Reihe von handwerksgenossenschaftlichen Gründungen des Baugewerbes und noch mehr der Baugewerke brachte. Daraus kann man schließen, daß die Handwerker sich bewußt die Vorteile des Großbetriebes zu eigen machen wollen, wenn auch vorläufig nur in beschränktem Maße. Wie die Arbeiter sich ihre gewerkschaftlichen Organisationen als Gegengewicht gegen die Verelendungstendenz des Kapitalismus schufen, so scheint sich das Handwerk Genossenschaften zu dem gleichen Zweck zu schaffen. Allerdings ist dies auch für die selbständigen Handwerker viel leichter als es für die Arbeiter war; denn die Arbeiter hatten nicht nur den Überhand der Unternehmer zu überwinden, sondern sie mußten auch gegen eine starke Staatsgewalt ankämpfen. Anders die Handwerker. Diese haben ihre gewerblichen Zusammenschlüsse in Gestalt der Handwerkskammern und Innungen, und sie benutzen diese mit gutem Erfolg für die Zwecke ihrer aufsteigend auf Freiwilligkeit beruhenden sozialen Organisationen. Dabei sind ihnen die Wehler in weitgehendem Maße beistehend.

Ein besonderer Anstoß zur Gründung von genossenschaftlichen Organisationen der Handwerker ging von Ostpreußen aus. Die Kriegsnote ließ das dortige Handwerk erkennen, daß es auf seiner bisherigen Grundlage nicht genügend für den Wiederaufbau der zerstörten Ortschaften tun könne, daß auswärtige Großunternehmer den Platz abköpfen würden, und daß dadurch nicht nur die einseitige Bauarbeit, sondern auch die Beschaffung neuer Inneneinrichtungen zur Bereicherung von Großkapitalisten benutzt würde. Um dies nun Möglichkeit zu verschaffen, wurden unter Beistand der Handwerkskammern Verbindungen, Lieferungsverbände und Vergesellschaftungen gegründet. In den nachstehenden Zeilen werden wir nur die in den letzten sechs Monaten gegründeten Handwerks-genossenschaften anführen. In Berlin wurden gegründet: die „Lieferungsgenossenschaft des Zentralverbandes der Bauführermeister Berlins“, die „Vergesellschaftung für das Schlossergewerbe“, die „Gesellschaft für Glaser- und Landbauern“. In Garmisch wurde eine „Bau- und Lieferungs-genossenschaft“ gegründet, in Würzburg eine „Lieferungs- und Holzstoffgenossenschaft der Sattler und Tapezierer“, in Königsberg i. Pr. eine „Dachdecker-Genossenschaft für Holztreiben“, ein „Mittelpreussischer Verband für Wohnungsbeschäftigten“, ferner Vergesellschaftungen der Tischler, Klempner, Köpfer, Tapezierer und Dekorateur. In Kattowitz schritten 22 Bauunternehmer zur Gründung einer „Oberpreussischen Zentralgenossenschaft für das Maurer- und Zimmergewerbe“. In Mannheim wurde eine Wohnungsbaugenossenschaft gegründet, in Flotow in Westpreußen eine Tischlereigenossenschaft und in Gumbinnen eine Tischler- und Stelmachergenossenschaft und ein „Vereinigungskomitee der Handwerkerkammer“. Hünzburg erhielt zwei neue Bauhandwerker-genossenschaften, Thron eine Tischlereigenossenschaft und eine Schlosser-Genossenschaft. In Posen wurde sogar ein „Lieferungsverband der Tischler und Tapezierer im Regierungsbezirk Posen“ gegründet und in Solingen eine Lieferungs-genossenschaft der Sattler und Tapezierer. Die Rangier Handwerkermeister gründeten „Arbeitsgenossenschaften für das Tischler-, Drechsler- und Holzschlößlergewerbe“ für das Tapezierergewerbe und für das Baugewerbe. Diese neuen Genossenschaften dürfen mit dem Beginn des Krieges zwischen Arbeiter- und Unternehmerorganisationen geschaffenen Arbeitsgenossenschaften nicht verwechselt werden. In Braunschweig schufen sich die Tapezierer eine Vergesellschaftung, in Ulmerfeld die Schlosser eine Holzstoff- und Vergesellschaftung, in Welle die Tischler und Stelmacher eine Lieferungs- und Einkaufsgenossenschaft und in Gelfenkirchen die Klempner- und Installateurinnung eine Werkvereinigungs-Organisation, die sich von ihrer Gründung an über einen größeren Bezirk erstreckt, sind noch der „Oberpreussische Lieferungsverband für Schmiede, Wagner- und Schlossergewerbe“, die „Werkvereinigungen der Schlossermeister der Kreise Gohrisch, Zellerfeld und Osterode“.

Mit den von uns angeführten ist sicher die Zahl der Neugründungen nicht erschöpft, da die Öffentlichkeit von vielen neuen Organisationen erst durch ihre Wirksamkeit etwas erfährt. Gemein sind manche dieser Gründungen nur erfolgt, um sich gemeinsam an Kriegslieferungen beteiligen zu können, namentlich im Sattler- und Stelmachergewerbe wird dies der Fall sein. Es fragt sich aber doch, ob die Genossenschaften ihre Organisation nicht auch nach dem Kriege aufrechterhalten werden. Ob sie nicht versuchen, sich auf diesem Wege etwas von den Vorteilen des Großbetriebes zu sichern, ohne auch dessen Nachteile mit in den Kauf nehmen zu müssen. Die Mehrheit dieser Genossenschaften ist allem Anschein nach nicht nur für den Krieg gegründet, sondern für dauernd. Für uns entfällt dabei die Frage, ob die Arbeiterfront dieser Entwicklung nicht eine größere Aufmerksamkeit schenken soll. Es hat den Anschein, als ob sowohl auf diesem Gebiet als auf manchem anderen die Wirtschaftliche sich nicht genug nach den Theorien mancher Volkswirtschaftler richten, sondern eigenständig einen eigenen Weg einschlagen. Zagen sie sich wenig tun, und wir haben vielleicht auch keine Ursache, uns dagegen zu stemmen, daß die Handwerkermeister versuchen, auf dem genossenschaftlichen Wege ihre eigenen Konkurrenzfähigkeit zu erhöhen. Wir sehen dabei voraus, daß selbständige Handwerker, die gut verdienen, auch bereit sein werden, ihre Geschäfte anständig zu betreiben, und zu handeln. Vor dem Kriege wurde allerdings in den meisten Handwerkerorganisationen die gegenteilige Tendenz gepflegt.



ihre Eigenart zu regeln, weil damit unabweisbar als Folge die Abhängigkeit der Arbeiter von ihrer Gewerkschaft verknüpft ist. Denn wird einmal wirklich Ernst mit der Durchführung der Tariftreue gemacht, so müssen jedem der beiden Vertragskontrahenten, sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeiterorganisation, die Mittel an die Hand gegeben werden, von dem vertraglich gebundenen Mitglied die Einhaltung des gegebenen Versprechens zu erzwingen. Das heutige Recht verfügt hier; ja es tut noch mehr zugunsten des Arbeitgebers: es stellt auf Grund des § 153 der Reichsgewerbeordnung denjenigen in Gefängnis, der mit unrichtigen Mitteln den Vertragsuntergang zu seiner Pflicht zurückführen will. Die Weisung dieser Vorschrift ist daher die unvermeidliche Konsequenz der gesetzlichen Regelung unserer Materie. Diese Forderung zu geben, darf die Gesetzgebung nicht unterlassen, nachdem sich heute gezeigt hat, daß die Entwicklung des Prinzips der sozialen Organisation bis in die letzten Spalten Deutschlands Städte und seine geschichtliche Sendung im Rat der Struktur der Welt bildet. Der Vorteil dieser Ordnung liegt ebenso wie auf Seiten der Arbeiter, so auch auf Seiten der Arbeitgeber. Denn die Weisung der Tariftreue durch die Arbeiter liegt im Interesse der Stabilität des Verkehrs und des Aufschwungs der Schmelzindustrie. Diesem Interesse aber kann nur Genüge geschehen, wenn das Gesetz der Organisation der Arbeiter die Kraft gibt, den widerstrebenden einzelnen mit den vom Gesetz allgemein zugelassenen Mitteln unter den Willen der Gesamtheit zu beugen.

**Sonderabmachungen und Tarifvertrag.**

rd. Einige Hiesigen in Essen hatten zu vereinbaren Sagen die Ausführung von Arbeiten an einem Neubau übernehmen und die Arbeiter auch bezahlt erhalten. Einer von ihnen trat später an den Arbeitgeber mit einer Nachforderung heran, indem er behauptete, der Vertragsgewerke habe nicht den tarifmäßigen Preis für die Arbeiten bezahlt; dazu aber sei er verpflichtet, da auch er, ebenso wie der Arbeiter, einer Verzinsung angehöre, die sich durch Tarifvertrag zur Zurechnung bestimmter Preissätze bei Vergütung beziehungsweise Übernahme von Arbeiten gebunden habe. Das Gewerbegericht Essen hat die im Klagewege geltend gemachte Forderung des Arbeiters abgewiesen. Es sei festgestellt, daß sich der Kläger mit der Übernahme der fraglichen Arbeiten zu den festgesetzten Preisen einverstanden erklärt hat. Freilich ist es richtig, daß diese Preise nicht den tarifmäßigen Sätzen entsprechen, insofern habe der Kläger im vollen Bewußtsein des Umstandes, daß die Preise nicht tarifmäßig sind, die Übernahme der Arbeit zugestimmt und auch wiederprüfend den Lohn dafür in Empfang genommen. Sonach könne er nicht nachträglich mit höheren Lohnansprüchen auf Grund des Tarifvertrages an den Arbeitgeber heranziehen; der Kläger sei auch nicht berechtigt, sich darauf zu berufen, daß sich nach dem Tarifvertrage die Parteien verpflichtet, ihren Einfluß zur Durchführung und Einhaltung des Tarifvertrages auszuüben; denn diese Verpflichtung liege den Parteien ob, die den Tarifvertrag abgeschlossen haben. Ihre Sache sei es, darauf zu achten und mit den ihnen nach dem Tarifvertrage zustehenden Mitteln zu beschreiben, daß die den vertraglich gebundenen Parteien angehörenden Arbeitgeber und Arbeiter die einzelnen Bestimmungen des Tarifvertrages unbeschadet lassen. Wenn dagegen im Einzelfalle Arbeitgeber und Arbeiter niedrigere Preise vereinbarten, als der Tarifvertrag sie vorsieht, so schließe das eine nachträgliche Mehrforderung des Arbeiters aus, zumal wenn er wiederprüfend den vereinbarten Lohn in Empfang genommen habe.

**Ein Arbeitgeberverband im Kampf gegen seine Mitglieder.**

Bekanntlich hatten auch in Frankfurt a. M. eine Anzahl Arbeitgeber gegen den Willen des Bundesvorstandes und des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe den Arbeitern Steuerzuschüsse bewilligt. Die öffentliche Stellungnahme dieser Tatfache fiel den Leitern des „Mitteldeutschen“ sehr auf die Nerven; wurde doch dadurch offenbar, daß durchaus nicht alle Arbeitgeber den schroff abweisenden Standpunkt des Bundes und des „Mitteldeutschen“ teilen. Insofern muß auch neue die Frage zu prüfen, ob nicht doch am Ende die Gewöhnung einer Steuerzuschüsse für die Gesamtheit der Unternehmen und ihre Organisation das Beste sei, einzig der Ausschlag des Bundes der Arbeitgeber und Arbeitnehmer-Verbände des Baugewerbes getzoffene Vorkommen gebunden, wonach während des Krieges die Tarifverträge beziehungsweise die auf Grund der Vorkläufe der Unparteilichen vereinbarten Lohnfestsetzungen anzuwenden bleiben. Es sind daher Anträge der Arbeiter auf sogenannte Steuerzuschüsse grundlegend, als gegen die tariflichen Bestimmungen verstoßend, abzulehnen.

Verband baugewerb. Unternehmer, G. M. Frankfurt a. M. Frankfurt a. M., den 23. Dezember 1915.

Die am 22. Dezember 1915 einberufene außerordentliche Generalversammlung setzte nach Bericht der Kommission über Steuerzuschüsse folgende Entschließung: Die außerordentliche Generalversammlung hält sich an das bei Kriegsausbruch zwischen den Zentralorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer-Verbände des Baugewerbes getroffene Abkommen gebunden, wonach während des Krieges die Tarifverträge beziehungsweise die auf Grund der Vorkläufe der Unparteilichen vereinbarten Lohnfestsetzungen anzuwenden bleiben. Es sind daher Anträge der Arbeiter auf sogenannte Steuerzuschüsse grundlegend, als gegen die tariflichen Bestimmungen verstoßend, abzulehnen.

Mitglieder, welche demnach direkt oder indirekt solche Zulagen gewähren, verstoßen gegen die Bestimmungen und stellen sich infolgedessen außerhalb des Schutzes des Reichsgesetzes.

Mitglieder, welche direkt oder indirekt Zulagen an Arbeiter gewährt haben, sind verpflichtet, solche ab 1. Januar 1916 in Wegfall kommen zu lassen.

Weiter spricht die außerordentliche Generalversammlung über die Bedauern darüber aus, daß einzelne Mitglieder des Baugewerkes in Frankfurt a. M. Offenbar entgegen den Bestimmungen des Deutschen Arbeitgeberbundes Steuerzuschüsse gewährt haben.

Um dem Arbeitermangel entgegenzutreten, beauftragt die außerordentliche Generalversammlung den Ausschuss, mit der Kriegsgefangeneninspektion in Verbindung zu treten.

Hochachtungsvoll  
Der Ausschuss: R. Rühner.

Erfreulicherweise hatte dieser Maßnahme eine Wirkung. Nur eine von den vielen Firmen, die Steuerzuschüsse bewilligt haben, wollte diese rückgängig machen, nämlich die Firma Karl Kaiser. Herr Kaiser erklärte seinen Kollegen, daß er die Zulage persönlich gerne gezahlt habe und sie auch in Zukunft zahlen möchte; aber nach dem Beschluß des Arbeitgeberverbandes sei ihm das nicht mehr möglich. Herr Kaiser auf diesem Standpunkt verharrend, legten am 4. Januar bei ihm 30 unserer Kollegen die Arbeit nieder. Da es genügend Arbeit gibt und da unsere Frankfurter Verwaltung des Verbandes des Arbeitgeberverbandes mit Recht als Verstoß gegen den Sinn und den Geist des Tarifvertrages ansieht, sah sie davon ab, unsere Kollegen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Auf Veranlassung des Herrn Kaiser kam es dann zu einer Aussprache mit den Vertretern des Unternehmerverbandes. Die Herren beschloßen den Maß, unsern Zweigverein Vertrags- und Bürgervereinsbund vorzunehmen. Damit führen sie aber sehr schlecht. Es wurde ihnen gesagt, daß der „Mitteldeutsche“ am allerwenigsten Ursache habe, sich über Verträge gegen den Tarifvertrag zu beklagen, da er ja bis jetzt weder die örtlichen noch die zentralen Schiedsprüche anerkannt, sich dagegen bis heute geweigert habe, den Vertrag für Mitteldeutsche abzugeben. Als Herr Rühner, der Vorsitzende des „Mitteldeutschen“, nachdrücklich jagte, daß der Hauptvertrags die Zahlung höherer als die Tariflöhne nicht zulasse, wurde er gefragt, warum er dann selbst jetzt Zahlen an einen Teil seiner Gesellen über den Tariflohn zahle. Wenn der Vorsitzende des „Mitteldeutschen“ schon in normalen Zeiten das Recht gehabt habe, mehr als den Tariflohn zu zahlen, so könne man doch Herrn Kaiser und anderen Firmen nicht das Recht absprechen, jetzt in der Zeit der Not und der schlimmsten Notlage ihren Arbeitern ebenfalls über Tarif zu zahlen. Ferner wurde auf die Tatsache verwiesen, daß in Hanau, Oberursel, Höchst, Nied. Oriesheim, Gießen usw. allgemein 5/3 über den Tariflohn gezahlt werden.

Genügt hat das freilich nichts; die Vertreter des Arbeitgeberverbandes bleiben gegen alle diese Tatsachen taub. Warum? Nun, das ergibt sich mit genügender Deutlichkeit aus dem Schlußsatz des Bundesvorsitzenden: Der Vorstand des „Mitteldeutschen“ heißt, daß ihm die Kriegsgefangeneninspektion mit Kriegsgefangenen zu Hilfe eilen werde. Wir hoffen, daß er sich darin täuscht. Wo wirklich Mangel an Arbeitskräften herrscht, läßt sich ja gegen die Werbungen von Kriegsgefangenen nichts einwenden; wir erwarten aber, daß man die dem Unternehmen nicht zugehört, um sie als Kampfmittel gegen die organisierten Arbeiter zu verwenden und dem Eigennutten des Arbeitgeberverbandes gegen seine eigenen Mitglieder zum Sieg zu verhelfen. Im übrigen ist es erfreulich, daß alle Firmen (außer Kaiser) auf eine Art und Weise unter der Frankfurter Verwaltung erklärt haben, daß sie die beschlossenen Steuerzuschüsse nach wie vor zahlen wollen. Der Maß des Arbeitgeberverbandes war also ein Schlag ins Wasser.

**Der „alte“ Arbeiter.**

In Friedenszeiten konnte man oft die Klagen älterer Arbeiter vernehmen, daß ihnen das Finden einer neuen Arbeitsstelle sehr schwer gemacht werde. Ueberall, wo sie hinkamen, erkönten ihnen, wenn auch wirklich Arbeitskräfte gebraucht wurden, die Worte entgegen: „Sie sind mir zu alt.“ Oder sie wurden ohne diese brüske Zurückweisung abgewiesen; aber der Blick, mit dem sie gemustert wurden, sagte ihnen daselbe. Dabei brauchten es noch nicht einmal immer Arbeiter zu sein, die sich dem blickigen Alter näherten, sondern oft genügte es schon, wenn der Betreffende die Vierzig überschritten hatte oder sonst einen etwas altlichen Eindruck machte. Diese Beobachtungen konnten festgestellt werden in fast allen Gewerbezweigen, im Handel wie in der Industrie, beim Handwerk wie im Baugewerbe. Unsere neuzeitliche haltige Produktionsweise braucht frische, möglichst fräftige Menschen mit stinten Händen, im Handel wie in der Industrie, beim Handwerk wie im Baugewerbe. Unsere neuzeitliche haltige Produktionsweise braucht frische, möglichst fräftige Menschen mit stinten Händen, im Handel wie in der Industrie, beim Handwerk wie im Baugewerbe. Unsere neuzeitliche haltige Produktionsweise braucht frische, möglichst fräftige Menschen mit stinten Händen, im Handel wie in der Industrie, beim Handwerk wie im Baugewerbe.

Wenn aber die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ kürzlich behauptete, es sei nicht wahr, daß der Arbeiter über 40 Jahre vor dem Kriege oftmals schwerer oder gar nicht Arbeit habe finden können, dies sei nur von gewisser Seite aus agitatorischen Gründen behauptet worden und gehöre durchaus ins Reich der Fabel, so beweist sie damit nur, daß ihr die tatsächlichen Verhältnisse auf diesem Gebiet nicht bekannt sind. Sie erkundigte sich doch einmal bei den Berliner Bauunternehmern, in wieviel Ansehen bei ihnen Maurer im Alter von mehr als vierzig Jahren stehen! Selbst jetzt während des Krieges spricht der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe von den älteren Arbeitkräften in herabsetzender Weise und nennt die angebliche Minderwertigkeit der älteren Arbeiter als einen der Gründe für die Mangelung von Steuerzuschüssen. Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ bewilligt für ihre Behauptung auch ganz zu Unrecht auf das Berliner Tagelohnd, daß in seiner Neujahrsummer die Antworten veröffentlicht, die es auf eine Umfrage in dieser Sache von zahlreichen Betriebsleitern aufnahmiger Geschäfte, Industrien und beherrschenden Verwaltungsdirektoren erhalten hat. Demnach „Berliner Tagelohnd“ sagt in seiner Einleitung zu jener Veröffentlichung selbst:

„Es ist eine unbestreitbare Tatsache — und das „Berliner Tagelohnd“ hat dies seinerzeit in einer umfangreichen Rundfrage erklärt — daß vor dem Kriege der ältere Arbeiter in der Geschäftswelt im allgemeinen nicht gern gesehen wurde. Jung e Kräfte — so lautete überall die Lösung. Da kam der Krieg und holte aus allen Geschäftskreisen, von den Schreibtischen und Verkaufsständen die jungen Kräfte hinweg. Und wenn auch die Weiblichkeit einigen Erfolge bot, man mußte schließlich doch auf die fünfzigjährigen zurückgreifen, auf die Männer, die nicht mehr so den Frauen einberufen werden können. Jüngere öffneten sich jetzt viele Tore, die fest verschlossen geblieben waren; der fünfzigjährige kam neu zu Ehren.“

Wir bieten Ihnen ein klipp und klar daselbe abgedruckt, was „gewissen Seiten ein besticktes Agitationsmittel“ war, das „jeder Grundlauge entbehrt und ins Reich der Fabel gehört.“ Die Gutachten, die im „B.“ über den Mann von fünfzig Jahren abgegeben werden und die fast jedes für sich die Sache von einem besonderen Gesichtspunkt betrachten, lauten den älteren Angestellten im allgemeinen durchweg sehr günstig. Gegenüber dem finden, aber oft noch unerfahrenen jungen Angestellten bilde der manchmal etwas schwerfällige, aber erfahrene ältere Angestellte einen vielfach sehr nützlichen Ausgleich. Auch von einzelnen Gutachtern wird — soweit sie darauf zu sprechen kommen — zugegeben, was die „Arbeitsverteilung“ betrifft. So sagt unter anderem Martin Schiff, Direktor der Reichsanstalt für Deutschland: „Doch dies ist so, daß der fünfzigjährige, wenn er zu einem Stellungswechsel gezwungen ist, nur unter größten Schwierigkeiten und nur selten so, wie er es wünscht, unterzukommen vermag, ist eine Tatsache, die man beklagen, aber nicht ohne weiteres aus der Welt schaffen kann.“ Weislich äußert sich Hugo Kellian, Leiter der Württembergischen Metallwarenfabrik (Königsplatz Berlin), der sagt: „Trotzdem ist es unlegbar, daß ein fünfzigjähriger taufmännischer Angestellter es ausnehmend schwer hat, eine neue Stellung zu finden.“ „Mein Gehalt ist meine Versorgungsanstalt“ — dieses Wort hört man oft wiederhören.“ Als Grund, weshalb man ältere Leute nicht gern einstellt, wird angeführt, sie seien oftmals eine zu teure Arbeitskraft, die sich vielfach durch eine billigere weibliche Angestellte ersetzen lasse. Wenn befrachtet man, daß sich ein älterer Mensch nicht schnell genug den Eigenheiten eines ihm noch fremden Betriebes anzuweisen vermöge und gänzlich verbraucht ist, ehe er sich wieder richtig eingearbeitet habe. Und drittens will man in den Betrieben mit Personalkosten diese nicht unnütz belassen. Aus diesen Gründen geben auch einige der Befragten jetzt schon offen zu, daß mit der Einstellung älterer Personen aus der Not eine Tugend gemacht worden sei, daß nach dem Kriege die Dinge aber wieder anders ausfallen werden. In diesem Sinne äußert sich der Personalleiter eines der größten Berliner Warenhäuser, der sich im übrigen im allgemeinen auch lebend über die älteren Angestellten auspricht, folgendermaßen:

Man war doch recht froh, daß man die älteren Herren, die nicht mehr zum Militärdienst einberufen werden konnten, gehabt hat. Ohne ihre Weiblichkeit hätte manches Geschäft es sehr schwer gehabt, seinen Betrieb in unermindelter Weise aufrecht zu erhalten. Doch wird man sich vor Augen halten müssen. Allerdings, nach dem Kriege wird der Weltverkehr mit verpöppelter Stärke einsehen — auch die weiblichen Kräfte, die verhältnismäßig billig zu haben sind, bilden eine schwere Konkurrenz für die fünfzigjährigen — und in diesem Wettbewerb wird die fünfzigjährige über die fräftigeren Elbbauern verurteilt.“

Diese wenigen Äußerungen aus den Gutachten mögen genügen, um darzutun, daß die „Arbeitsverteilung“ eine ganz falsche Schlussfolgerung daraus gezogen hat.

Es muß noch auf den wichtigen Umstand hingewiesen werden, daß sich die Umfrage in der Hauptsache auf das Baugewerbe erstreckte, was ja auch von der „Arbeitsverteilung“ betont wird. In der Industrie und beim Handwerk liegen aber die Verhältnisse noch viel unglücklicher. Die Situation der Arbeiter ist dort infolge der ungenügenden Produktionsweise viel stärker und der Arbeiter kommt viel öfter in die Lage, seinen Arbeitsplatz wechseln zu müssen als der Angestellte eines Handelshauses oder eines Baugewerkes. Aber vielleicht tritt die „Arbeitsverteilung“ bei ihren Lesern ernsthaft dafür ein, daß es nach dem Kriege so wird, wie es nach ihr schon vorher gewesen sein soll. Wir würden uns darüber freuen und könnten es ganz gut verschmerzen, daß der „gewissen Seite“ das „bestickte Agitationsmittel“ entziffen wird.



Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbände.

Ergebnis der Feststellung vom 10. Januar 1916. Der aus sämtlichen Bezirken vorliegende Bericht weist einen Bestand von 858 Zweigvereinen nach. Bericht haben davon 843 Zweigvereine mit 84 212 Mitgliedern. Im Vergleich zur Vorwoche ergibt sich folgendes Resultat: Die Zahl der vorhandenen Zweigvereine ist die gleiche geblieben; die Zahl derjenigen Bezirke, die berichtet haben, ist um 3 gestiegen, und die Zahl der erkrankten Mitglieder ist um 1149 geringere.

Arbeitslos wurden gemeldet: 3043 Mitglieder = 3,61 pSt. der Gesamtmitgliederzahl. Demnach ist ein Rückgang der Arbeitslosenziffer um 149 = 0,12 pSt. zu verzeichnen. Der Umfang der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Bezirken stellt sich wie folgt: Die Bezirke Magdeburg, Frankfurt, Köln, Dortmund, Bremen und Karlsruhe haben weniger als 1 pSt. aufzuweisen. Dann folgen Hannover mit 1,1 (1,4), Hamburg 2 (2,1), Erfurt 2,7 (2,9), Leipzig 2,9 (3,8), Berlin 3,5 (3,5), München 4,2 (5,9), Dresden 4,8 (4,8), Stuttgart 5 (5,9), Straßburg 6,3 (8,5), Nürnberg 7,4 (7,9), Hof 9,2 (9,4), Breslau 9,4 (8,5), Stettin 12,1 (13,5), Königsberg 12,3 (7,4) und Bromberg mit 12,8 (14) pSt. Die eingeklammerten Zahlen sind die Vergleichszahlen aus der vorausgegangenen Berichtswoche.)

Table with 4 columns: Bezirk, Zahl der Zweigvereine, davon haben berichtet, In den berichtenden Zweigvereinen: Betrag der Mitgliederegelung am Ende, erlosenen in der abgelaufenen Woche, Arbeitslosenunterstützung.

In den berichtenden Zweigvereinen waren am Feststellungstage arbeitslos:

Table with 6 columns: Bezirk, Männer, Weiblich-erkrankte, Beten-gekrankte, Un-erkrankte, Un-erkrankte, Gesamt.

Anzureichende Regelung der Fleischversorgung.

Vom Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen wird uns geschrieben: Die Regelung der Fleischversorgung ist bis jetzt in den ersten Anfängen stehen geblieben. Wir sind leider noch nicht über die Festsetzung von Höchstpreisen für Schweine und Schweinefleisch hinausgekommen, trotzdem sich gerade im Hinblick darauf eine ganze Reihe anderer Maßnahmen eingestellt haben. Es ist doch zum Beispiel ein unauflösbarer Zustand, daß frisches Schweinefleisch in den Schlachtereien noch immer zu den Seiteninteressen gehört. Der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen hat schon vor einigen Wochen in einer Eingabe an das Reichsamt des Innern auf die Unbilligkeit in der Fleischversorgung aufmerksam gemacht und dort zugleich eine Reihe ausdrücklich verlässliche zur Befreiung unterbreitet. Er hat unter anderem die Festsetzung von Höchstpreisen und die Einführung von Höchstquoten im Verkauf verlangt. Er forderte ferner das Recht des Vorverkaufs von Schweinen, außerdem die Einführung gestaffelter Höchstpreise für die wichtigsten Gattungen des frischen Fleisches und vor allem eine Beschränkung in der Fleischverarbeitung von Wurst und Fleischwaren. Der Mangel an Schweinefleisch hat die Nachfrage nach andern

Fleischarten so gesteigert, daß besonders das Rindfleisch in den letzten Wochen enorm verteuert wurde. Aber man erwartete bis jetzt vergeblich auf die immer eifriger werdende Festsetzung von Höchstpreisen für Wurst und Rindfleisch. Es scheint, als ob auch da erst wieder eingegriffen werden soll, wenn eine leibliche Regelung nicht mehr möglich ist. Wenn sich erst die Produzenten und Händler an die übermäßig hohe Bezugszahl ihrer Waren gewöhnt haben, dann läßt die notwendige Verabfolgung durch einigermaßen erträgliche Höchstpreise immer auf alle nur erdenklichen Schwierigkeiten. Die hohen Rindfleischpreise steigen auch den Vertrieb zum Verkauf von Milchprodukten. Es ist jetzt schon beinahe, wie viele Käse in den letzten Wochen auf den Markt gebracht wurden. Wenn das noch einige Zeit so anhalten, geraten wir mit der Milchversorgung in die allergrößte Gefahr. Alles das sollte die Regierung noch endlich veranlassen, schnellstens eine gründliche Regelung der Fleischversorgung vorzunehmen, ehe es wirklich zu spät ist.

Berichte.

Magdeburg. (Nachbescheid.) Zu Beginn des Jahres 1915 hatten die Kollegen in unserem Zweigverein mit einer erheblichen Arbeitslosigkeit zu rechnen. Im Januar zählten wir 92, im Februar 102 und im März noch 75 Arbeitslose. Dabei waren in diese drei Monate noch umfangreiche Einberufungen zum Militär. Ohne diese Tatsache wäre wohl die Lage noch schlimmer geworden. Im April zählten wir noch 24 arbeitslose Kollegen. Von da an kam von Arbeitsmangel nicht mehr geredet werden. Nur im Dezember sind 26 Arbeitslose zu verzeichnen gewesen. Jedoch kann von einer guten Baukonjunktur auch keine Rede sein. Privatbauten waren fast gar nicht vorhanden. Für die kleine Zahl der geernteten Arbeiter reichte die vorhandene Arbeit gerade aus, mit Ausnahme der ersten Monate. Die Übernahme der Bauarbeit hielt mit dem Eintritte der Arbeiter in den gleichen Schritt. Für 1916 sind die Aussichten im Hochbaugewerbe recht trübe. Im Tiefbaugewerbe war immer Arbeitslosigkeit genug; auch im kommenden Jahr wird es jedenfalls so bleiben. Für den Hochbau glauben wir gegen den Herbst recht gute Aussichten zu haben. Es lauschte der Plan für Errichtung einer Plattenfabrik auf. Leider erhielt ein anderer, recht kleiner Ort den Vorzug. Diese Anlage hätte für das Jahr 1916 den Hochbau günstig beeinflusst. Im Vorzuge zu treffen für Arbeitslosigkeit, besonders nach dem Kriege, stellte die sozialdemokratische Bauorganisation auf Veranlassung unseres Vertreters folgenden Antrag: „Es mögen die Gemeindebevollmächtigten beschließen, den Magistrat zu ersuchen, 1. Recht schon die nötigen Vorarbeiten treffen zu lassen zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit sowohl im Hoch- wie im Tiefbau, damit einer etwa eintretenden Arbeitslosigkeit vorgebeugt werden kann. 2. Der Magistrat wolle die bayerischen Staatsministerien und die Regierung von Schwaben und Neuburg ersuchen, die von diesen Stellen projektierten Arbeiten für den Fall einer Arbeitslosigkeit bereitzuhalten und für möglichst ausreichende Arbeitsgelegenheit Sorge zu tragen zu wollen. 3. Der Magistrat möge einen Antrag an die Regierung, in der Hinsicht der Bevölkerung von Augsburg und Umgebung erlösen, in dem um Bereitstellung von Arbeiten aller Art ersucht wird.“ Der Antrag fand einstimmige Annahme.

Zu Tarifstreikigkeiten kam es in einem Falle. Die Unternehmer umgeben den Vertrag gen, indem sie die Arbeiter auf Bauarbeiter zu stellen, ihnen jedoch, ohne ihnen, sie sollten sich an einer bestimmten Arbeits-stätte außerhalb der Stadt um Arbeit melden. Dadurch wollen sie die Bezahlung eines Zuschlages verhindern. Wir drängen einen derartigen Fall vor die Schlichtungs-Kommission, natürlich ohne Erfolg. Das Eingangsamt sollte dann einen Schlichter aus der Reihe der Vertreter gleichkommt. Es wurde entschieden: Wenn der Vertreter des Unternehmers oder er selbst dem Arbeiter bei der Entlassung sagt, dort könne er Arbeit haben, oder wenn er zu der Baustelle geschickt wird, dann muß der Zuschlag bezahlt werden. In der Folge dürfte kein, daß kein Arbeiter mehr die Mittelstraße der Stadt verlassen. Bei dieser Entscheidung konnte bis heute nicht veröffentlicht werden, weil der Vorsitzende des Eingangsamtes seit dem 30. April 1915 nicht die nötige Zeit zur Verfügung fand.

Eine Feuerungszulage wurde von den Unternehmern nicht gegeben. Nur eine Preiszahlung gab es einem Teil ihrer Arbeiter 3 1/2 Zulage wurde diesem Teil der Arbeiter übergeben. Der Arbeiterverband ersuchte, wurde diese Zulage wieder aufgehoben. Die Firma mußte sich dem Zwang durch die anderen Unternehmer fügen. Als ungünstig muß die Mit-gliederregelung bezeichnet werden. Am Anfang des Jahres waren 68 Mitglieder vorhanden, 103 Mitglieder sind neu in den Verband eingetreten, 12 haben sich ausgemeldet und 1 Mitglied ist übergetreten. Dagegen sind 108 Mitglieder abgemittelt, 8 sind gestorben, 69 sind ausgetreten, 257 sind zum Militär eingezogen und 68 Mitglieder mußten gestrichen werden, so daß die Mitgliederzahl am Ende des Jahres 342 betragen hat. Es sind also 127 ausgetreten und gestrichen worden; bei einer so geringen Mitgliederzahl gewiß eine hohe Ziffer. Erklärung liegt die Sache, wenn man berücksichtigt, daß viele Mitglieder sich anderer Beschäftigung zuwenden und dabei die Hälfte ins Horn werfen; das haben aber auch Kollegen getan, die heute noch im Baugewerbe arbeiten. — Beitragsmarzen konnten 23 888 eingeleistet werden; hinzu kommen noch 2484 Freimarzen. Bist man rund 3200 Marzen, die in die Bücher der Kriegsteilnehmern geflohen wurden, außer Anlauf, so kommen auf ein Mitglied im Durchschnitt rund 44 volle Marzen. Das ist wiederum eine gute Beitragsleistung. Es sind aber laut Feststellung am Jahresschlusse immer noch 149 Mitglieder mit 1161 Beiträgen im Rückstand gewesen. Als recht günstig kann man die finanziellen Verhältnisse des Zweigvereins bezeichnen. Die Kassa ist seitlich mit einem Bestand von M 31 535,44 ab; davon sind M 31 242 eintragend angelegt. Für Rückstellungen kamen M 14 345,10 zur Auszahlung. Ein Schluß sei ausdrücklich festgestellt, daß eine Anzahl Kollegen eifrig bestrebt war, für den Verband zu arbeiten.

Mit dem Wunsche, daß das angefangene Jahr uns den langverhofften Frieden bringen möge, laden wir die Kollegen zur eifrigen Mitarbeit ein. Wenn alle ihre Pflicht erfüllen, dann wird uns die Menschenheit, die wir unsere heimkehrenden Kriegsteilnehmern schuldig sind, nicht schwer fallen.

Nürnberg. In den Folgen eines schweren Baunalles starb am 2. Januar unser braver Verbandskollege Johann Kraepel, Hilfsarbeiter von H. I. D. o. f., im Alter von 45 Jahren. In Nr. 84 des „Grundstein“ verflochten Jahres haben wir den bedauerlichen Unglücksfall erwähnt, bei dem unsern Kollegen am 4. August beim Bau des Hochwasserbehalters am Schmaufenbusch durch einen Kollaps das linke Bein vom Kumpf getrennt wurde. Sein Heilungsprozess schritt fortwährend vorwärts, so daß man die Hoffnung hegen konnte, Kraepel werde am Leben bleiben, zumal er einige Wochen vor Weihnachten das Nürnberger Krankenhaus verlassen konnte, um sich im Kreise seiner Familie zu erholen. Leider wurde man in dieser Hoffnung bitter enttäuscht; ein Rückschlag trat ein, sein Bein verheilte sich nicht, und er starb am 2. Januar an den Folgen dieser schweren Verletzung fast. Mit dem Kollegen Kraepel ist ein braver Arbeiter und Familienvater, ein Förderer der gewerkschaftlichen wie politischen Organisation aus dem Leben geschieden. Als Obmann unserer Bezirksleitung hat er alles getan, um die soziale Arbeiterbewegung vorwärtszuführen, als Obmann wahrer Freund und Berater seiner Mit Kollegen und Mitmenschen, besonders in Bezug auf die soziale Fürsorge. Er ist zu früh von uns geschieden; doch wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.

Internationale Bauarbeiterbewegung. Oesterreich.

Der Vorstandsvorsitzender unseres österreichischen Bauarbeiterverbandes machte kürzlich bekannt, daß die beiden Verbandsorgane, „Der Bauarbeiter“ und „Stavebnik“, vom 1. Januar an nur alle zwei Wochen erscheinen werden. Die Maßregel erscheint begründet durch die Krisensituation, die die Verbandskasse haben wird. Infolge des Krieges ist nämlich die Mitgliederzahl des Verbandes bedeutend zurückgegangen, so daß die Auflage des deutschen Blattes von 21 000 auf 4500 und die des tschechischen Blattes von 9000 auf 1600 sank. Der österreichische Steinarbeiterverband wird zu einem tschechischen tschechisch sprechenden Mitglieder statt des bisherigen eigenen Organs den „Stavebnik“ des Bauarbeiterverbandes zustellen, da die verminderte Zahl tschechischer Mitglieder die fortdauernde Ausgabe des eigenen Blattes unmöglich macht.

Vom Bau.

Unternehmerverdienst im Baugewerbe. Bei unserer Aktion zur Erlangung einer Feuerungszulage für unsern Kollegen, wiesen wir mehrmals darauf hin, daß die beschäftigten Unternehmer während des Krieges recht gut verdienen. Wie recht wir mit dieser Behauptung hatten, wird aus dem Geschäftsergebnis der Julius-Berger-Tiefbau-Unternehmung in Berlin hervorgehen. Wie für das Jahr 1914, so kann die Gesellschaft auch für das Jahr 1915 eine Dividende von 10 pSt. verteilen. Der Reingewinn reichte außerdem aus, um reichlich Abschreibungen und Rücklagen machen zu können. Bei diesem Bericht ist zu beachten, daß die Arbeiter in der Tiefbauunternehmung in Berlin und Ostpreußen auszuführen, an denen sie höhere Löhne zahlen muß als vor dem Kriege üblich waren. Wenn sie trotzdem einen beachtlich günstigen Jahresabschluß machen konnte, so kann man sich vorstellen, wie gut es mit den Jahresabschlüssen der Unternehmer aussteht, die im Inlande Baugruben ausführen und nur den Vertragslohn zahlen.

Ständereise Baugruben. Die Absteifer- und Verfallsorgane der Baugruben haben schon manchem Bauarbeiter Ärger und Schaden verursacht. Besonders dann, wenn die Arbeiter bei schlechtem Baugrund so nahe beieinander angebracht sind, daß es kaum möglich ist, sich zu nähern, wird die Arbeit zur Qual. In neuester Zeit sind nun einige neue Methoden der Absteiferung eingeführt worden, die sich anscheinend auch gut bewähren. Bei einer Art verwendet man statt der hölzernen Spundbohlen eine leicht gewölbte Form. Sie sollen nicht nur wirksamer sein als hölzerne, weil sie länger halten, sondern auch bei der Arbeit manche Vorteile bieten. Die speziell für Wasserbauten hergestellten eisernen Spundwände sind bereits so bekannt, daß sie nicht mehr besonders erwähnt zu werden brauchen. Für Kanalisationsarbeiten kann man nun in letzter Zeit ein neues Absteiferungsverfahren eingeführt. Bevor mit der Absteiferung begonnen wird, einseitig die beiden Seiten der zukünftigen Baugruben Stütztäger eingebracht, so daß das untere Ende circa 1/2 m unter die Sohle der Baugrube reicht. Mannern oder Anker, die an dem Rande des Trägers befestigt werden, verankern die Stütztäger in den Boden, die ihrerseits den Druck des Erdreichs auf die Träger übertragen. In ein zusammengebautes der Wände zu verfahren, lassen diese nur noch in bestimmten Abständen circa 50 cm unter der Oberkante der Baugrube abgestützt zu werden. Bei einigermaßen festem Erdreich finden die Träger unten genug Widerstand gegen seitlichen Verschieben, so daß sie sich selbst gegen das Versinken abstützen können. Auf diese Weise werden sie ebenfalls abgestützt. Auf diese Weise gelingt es also, in der Baugrube einen großen freien Raum zu schaffen, was für die Arbeit nur vorteilhaft sein kann. Bei geringerer Breite und Tiefe der Baugruben wird man unter Umständen festhalten, die sie legen können. Zugleich der Unfallgefahr will es uns scheinen, als ob diese neue Art der Absteiferung viel mehr Sicherheit bietet als die alte Methode.

Traschmittel. Vielen Bauarbeitern ist der Trach als Baumaterial völlig unbekannt, trotzdem er eines der besten Bindemittel ist. Dieses Unbekanntsein hängt damit zu-



